

sprüfer für die nun-
nungen werden dies-
eratsmitglied Bauf-
ülligung von Bau-
, da man in diesem-
will.
Kasse soll möglichst
—
kom Bankhaus
& Heinze
stein-Görlitz.
6./9. 19 27. 9. 19
7. — 77. — 9. —
7. — 76.625
5. — 64.50
7. — 67.
2.10. 72. —
5. — 65.125
7.25. 87.25
0.50. 90.50
0.50. 90.25
0.75. 99.75
7.25. 87.25
6.50. 96.50
0.75. 99.75
9.75. 190. —
0. — 280. —
5. — 198. —
7.50. 246. —
3. — 192. —
0. — 187. —
2. — 280. —
315. —
7. — 137.75
4.75. 243.75
4.50. 174.75
4. — 142.75
9.75. 189.75
114. —
0. — 212.50
700. —

wein-  
schen  
kenstein.  
urke  
pferde  
gänger Umstände  
urm,  
zofel.

übersehen!  
schöne Aufmachung.  
100 Dosen 40 Mk.  
0 Mk. 100 gr. Dosen  
1000 Dosen 400 Mk.  
in Wachssware, 100  
erfert. Beste Artike-  
rasalemer Balsam-  
Leder, Stahl- u.  
end. Preis, verlangen.  
Körnerstraße 10.  
für eine Fabrik-  
nftetia

n.  
eschäftsstelle dieses-  
rmühlung  
gebrachten  
hlen wir uns  
k  
Köhler  
ohnsdorf.

# Lichtensteiner-Cäcilienberger Tageblatt

## Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Görlitz, Mölitz, Zehden, Nieder-, St. Lüben, Schmölln, Radeberg, Ostrau, Ostrauendorf, Mühlendorf, St. Nicolas, St. Jacob, St. Michael, Elstra, Elsterwerda, Uebigau, Riesenthal, Schleife und Lübben

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Alteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

69. Jahrgang.

Nr. 228.

Das Amtsgerichtsblatt

Donnerstag, den 2. Oktober

Verbreitete Zeitung  
im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Donnerstag, den 2. Oktober, Marmelade und Honig auf den Kopf je  $\frac{1}{4}$  Pfund für zusammen 1,10 Mark gegen Marke S 3 der A-Karte. Buchenöl, auf den Kopf 100 g für 1,40 Mk., bei Richter und Poser gegen Bohnen, auf den Kopf  $\frac{1}{2}$  Pfund für 63 Pf. gegen Marke T 3 der A-Karte.

Landespostkarte — Kopfabchnitt 4.

Der Getreidehungsausschuss für Görlitz.

### Kurze wichtige Nachrichten.

\* In einer Einigung in der Neuordnung der Reichsregierung ist es noch nicht gekommen, die Entscheidung wird vor Donnerstag jedenfalls nicht erfolgen.

\* Die politische Entwicklung der Dinge in Brüssel bringt zu einer Lösung. Die Presse der obersächsischen Volkspartei betont die Notwendigkeit einer Landtagsabstimmung und sieht in Neuwahlen allein die Rettung aus dem parteipolitischen Chaos.

\* Von General Ludendorff wird Anfang Oktober nach ein Buch erscheinen. Es soll den Zuhörer seiner Ausschreibungen mit der heutigen Karterung darstellen und wird den Titel tragen „Das Verschwinden der Verantwortlichkeit“.

\* In der Italien-Frage erhielt die italienische Regierung ein Vertrauensvotum mit 60 Stimmen Mehrheit. Die italienischen Deputiertenabstimmung ist aufgelöst worden. Die Wahlen sind zum 7. Oktober ausgetragen.

\* Die Räumung des Baltikums schreitet fort. Ein Jägerbataillon und eine Eskadron sind nach Deutschland übertransportiert worden.

\* Der Remscheider Korrespondent des „Daily Telegraph“ erfährt von den amerikanischen Behörden, daß der amerikanische Senat den Friedensvertrag einstimmlich des Völkerbundes schließlich doch mit einer Mehrheit von 74 Stimmen, d. h. 10 Stimmen mehr, als die erforderliche 50-Mehrheit ratifiziert werde.

\* In der Frage der Autonomie für Oberschlesien wurde zwischen den oberschlesischen Abgeordneten u. der preußischen Staats- und Reichsregierung eine Einigung erreicht.

\* Nach einer Meldung aus Warschau haben die polnischen Truppen nach zweitägigem erbitterten Kampfe die Besitzungen von Tschaburg am südlichen Ufer der Düna genommen.

\* „Temos“ wird aus Sofia gemeldet: Die Veröffentlichung der Friedensbedingungen ist großes Beifürzung hervor. Die Seitenen erklären, daß der Vertrag unannehmbar sei. Es heißt, daß die österreichische Meinung nach und nach zu einer befriedigenden Einschätzung der für Bulgarien geschaffenen Lage gelangt.

\* Oberbürgermeister Vermuth hat sich als Vermittler im Berliner Metallarbeiterstreik angeboten, die Verhandlungen werden wieder aufgenommen.

\* Der parlamentarische Unterhauptsausschuß der Nationalversammlung zur Prüfung der Schlußfragen des Krieges beschloß, eine Reihe von Unterabschlüssen einzusehen, die einzelne Punkte verschieden untersuchen, wie die Völkerrechtsfrage, die belgische Angelegenheit, die Maßnahmen gegen Südländer in den besetzten Gebieten, die armenische Frage usw.

### Die Übergriffe der Belgier.

Antwortnote der Entente.

\* Von dem Präsidenten der Friedenskonferenz ist folgende Antwortnote eingegangen:

\* Paris, 26. September. Ich beehre mich Ihnen den Empfang Ihrer Noten vom 1. und 5. August zu beantworten. Die von den belgischen Behörden in den Kreisen Eupen und Malmedy ergriffenen Maßregeln scheinen bei der deutschen Regierung eine schwer erklärbare Aufregung hervorgerufen zu haben. Durch Artikel 34 des Friedensvertrages hat Deutschland zugunsten Belgiens auf alle Rechte u. Ansprüche auf das gesamte Gebiet der Kreise Eupen und Malmedy verzichtet mit dem einzigen Vorbehalt, daß der Völkerbund lästiglich die Macht dieser Gebiete, ganz oder teilweise, zu Deutschland anordnen könnte, wenn die Mehrheit der Bevölkerung in den in demselben Artikel bestimmten

hätten den Wunsch danach ausgesprochen. Aus diesen Anordnungen folgt, daß das Hochgericht über die incede lebenden Gebiete tatsächlich auf Belgien übergeben wird, und zwar vom Tage der Unterschrift des ersten Protokolls über die Übergabe der Ratifikationen, falls nämlich die belgische Ratifikation an dem bereitstehenden Datum übergeben wird. Die belgische Regierung wird also, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist, für die Beaufsichtigung aller öffentlichen Amtier in den abgetrennten Gebieten zu sorgen haben; unter den Beamten, deren Ernennung sie zu sichern haben wird, befinden sich auch die Eisenbahnbahnhöfe. Indem die belgischen Behörden sich bereits jetzt mit den Bedingungen beschäftigen, unter welchen die Übertragung der Souveränität sich vollziehen wird, und indem sie die Maßregeln vorbereiten, welche geeignet erscheinen, diese Übertragung läufigfähig zu erhalten, brauchbaren die Behörden, so ist davon auszugehen, daß sie zu überschreiten, lediglich das Interesse der Bevölkerung des Gebietes wahrzunehmen, welche binnen kurzem unter belgische Hoheitsrechte treten werden. Uebrigens ist es in Erwartung des Inkrafttretens des Vertrages den belgischen Behörden vollkommen gestattet, in ihrer Eigenschaft als bestehende Macht in direkte Beziehungen zu den Beamten der preußischen Eisenbahnbahnhöfe zu treten. Die belgische Regierung weigert sich überaus nicht, mit den deutschen Regierungen in Verhandlungen einzutreten in bezug der Fragen, welche sich auf die Ausführung des Vertrages in den Kreisen Eupen und Malmedy, in Neutral-Moresnet und in Preußisch-Moresnet beziehen. Sie macht jedoch zur Bedingung, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtige, bei dieser Gelegenheit in irgend etwas den Wert der belgischen Hoheitsrechte zu bestreiten, wie diese durch den Vertrag vom 29. Juni auf die in den Artikeln 23, 33 und 34 dieses Vertrages erwähnten Gebiete übertragen sind.

\* Dem Notenwechsel liegen, wie erinnerlich, folgende Seiten zugrunde: Die belgischen Bevölkerungen haben sich in den Kreisen Eupen und Malmedy gegen die deutschen Behörden große Übergriffe erlaubt. So hat der Verwaltungskontrollur des Kreises Eupen an den Landrat dieses Kreises eine Bußpredigt gerichtet, in der es heißt, er nehme an, daß sich der Landrat überhebt nicht mehr um Auseinandersetzungen von der Berliner Regierung und dem Reichstag zu kümmern. Hierzu nahm die deutsche Regierung in einer Note vom 1. August Stellung, in der sie ausdrücklich betont, daß ein Zugeständnis der belgischen Behörde vor der Ratifikation des Friedens unzulässig ist. Hierzu kommen die Vorwände auf dem Bahnhof Herbesthal. Dort hatte der belgische Bahnhofskommandant den deutschen Behörden mitgeteilt, sie hätten unverzüglich den Bahnhof und dessen Umgebung zu verlassen, die deutschen Bahnhofsbeamten kommen jedoch unter ähnlichen Bedingungen wie in Deutschland in belgische Dienste treten. Unsere Note darüber vom 5. August rief den gleichen Gedankengang aus wie die erste Note. Sie wurde dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission überreicht. Sie betont, die belgische Regierung möge ihre Verbündeten auf das Unternehmene ihres Vorgesetzen hinweisen. Die Antwort, die wir oben veröffentlicht, ist Sonntag abend bei der deutschen Regierung eingetroffen.

### Die Nationalversammlung in Berlin.

Berlin, 30. September. Die Nationalversammlung, die ihre grundlegenden Arbeiten in Berlin begonnen, wird nun in Berlin weiter tagen, nachdem das Reichstagsgebäude von den übrigen Nebenscheinungen der Revolution gesäubert und gereinigt ist. Ein neuer Geist

will von im Wallbau walten, möge aus ihm Segen für unser armes Volk und Land ertragen. Es gibt noch soviel wichtige Aufgaben zu lösen, besonders auch ein Bündel von neuen Gesetzen unter Dach und Fach zu bringen, das Rechtswesen im Volke wieder zu beleben, Gegenströmungen, die dem Menschen nicht förderlich sind, niederzuholen, Auswirkungen der Revolution zu beseitigen und den Neuanfang des Wirtschaftslebens zu fördern, damit und wieder sozialen Bedingungen geschaffen werden, unter denen zu streben und zu arbeiten nicht nur die Macht als jetzt. Möge die Politik, die die Nationalversammlung gemeinsam mit der Reichsregierung durchführt, uns über die ungewöhnlichen Schwierigkeiten der nächsten Monate hinwegtragen. Erst wenn wir über diesen dunklen Winter glücklich hinaus sind, dürfen wir aufatmen und den Zukunft des deutschen Volkes zuversichtlich ins Auge sehen.

### Die erste Sitzung.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 11.15 Uhr und begrüßt das Haus mit folgenden Worten: Die deutsche Nationalversammlung hat die Umzug von Weimar nach der Reichshauptstadt und nach dem Hause der deutschen Volksvertretung vollzogen. Möge dieser Umzug segensreich bleiben! Seitdem wir in Weimar anzettelnden Bergungen sind, ist die Nationalversammlung von einem schweren Verlust betroffen worden. Der Abg. Friedrich Raumann, der seit 1907 Mitglied des Reichstages war, ist verstorben. Der heimgegangene Kollege war ebenso hervorragend als Mensch wie als Parlamentarier. Die Nationalversammlung hat entschieden ihrem glänzendsten Redner zu leben, zu schenken einen immer liebenswürdigen und bescheidenen Menschen gewidmet. Sie haben sich zu seinem Ehren von den Blättern erhoben, ich stelle das fest.

Auf der Tagesordnung stehen 25 kleine Anträge, die zum Teil schon im Juni eingebracht worden sind. Einige werden wohl verlesen, aber es mag nicht sein, daß sie alle abgelehnt werden müssen. Er bittet um die Auskunft, daß das unrichtig ist.

Ministerialdirektor Dr. von Sacquieres bestätigt das. Es handelt sich um eine bestimmte Veränderung der Entente.

Abg. Löbe (Soz) weist darauf hin, daß Vertreter des Sozialverbands zum Schutz der deutschen Gefangenen in Bonn und Köln beim englischen Generalstab in Köln erklärt, es sei eine Vereinbarung der deutschen Regierung, wenn die Freiheit der Gefangenen noch nicht endgültig geöffnet sei. Der Reichskanzler Bauer habe auch erklärkt, er würde behauptet, man habe kein Geld für Heberländer. Solchen Behauptungen sollte man nicht glauben.

Reichskanzler Stücker stellt fest, daß tatsächlich die beiden Herren aus Bonn und Köln die Neuordnungen getan haben. Der Reichskanzler hat niemals eine solche oder eine ähnliche Vereinbarung gemacht. Er hat stets alles getan, um die beiden Herren zu fördern. Das ungünstige Verhalten ist festgestellt worden. Die Regierung tut alles, um zu verhindern, daß die Kriegsgefangenenfrage zu politischen Zwecken missbraucht wird. Mit Vergnügen stellt sie fest, daß der Heimtransport bislang durchaus glatt abgewickelt hat, und daß die Kriegsgefangenen dankbar und erfreut aner-

kann haben, daß sie von der Heimat herzlich willkommen geheißen sind.

Abg. Petersen (Dem.) versagt beim Reichswirtschaftsministerium eine Abteilung zur Förderung des selbständigen gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstandes. — Vertreter des Reichswirtschaftsausschusses erwidert, daß diese Aufgaben den Landesverwaltungen zufallen.

Wg. Dr. Spahn (Dent.) fordert ausreichenden Urlaub für die der Reichswehr angehörenden Studenten zur Fortsetzung ihrer Ausbildung. — Ein Regierungsvertreter lehnt eine generelle Urlaubserteilung als unmöglich ab, sagt aber weitestgehende Erleichterungen zu. — Es folgt die

Beratung des dritten Notebooks in diesem Jahre. Er befürchtet die Ermächtigung zur vorläufigen Regelung des Haushaltes auf den Monat Oktober aus, fordert 15 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages und eine weitere Milliarde für einmalige außerordentliche Ausgaben der verschiedenen Reichsverwaltungen. Die Vorlage wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen.

Auf der Tagessitzung steht eine Interpellation Dr. Seinze (Dtsch. Wp.) über die deutsche Valuta. Sie lautet:

Durch manigfache wirtschaftliche und politische Ursachen ist die deutsche Valuta in einem Maße gesunken, daß sie den wirtschaftlichen Anschluß Deutschlands an den Weltmarkt bedroht. Die Lebensfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist gefährdet. Was gedenkt die Regierung zu tun, um eine Besserung der Verhältnisse durch inländische Maßnahmen und durch internationale Verhandlungen herbeizuführen?

Die Interpellation soll in den nächsten Tagen bearbeitet werden.

Auf der Tagessitzung steht dann die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die durch inländische Unruhen verursachten Schäden.

Die Beratung hieß über nahm einen längeren Zeitraum ein, sie wurde schließlich um 6½ Uhr abgebrochen und auf Mittwoch vertagt.

## Deutsches Reich.

**Berlin.** (Erzberger — der Stein des Anstoßes.) Man nimmt an, daß die Verhandlungen des Kabinetts mit den Fraktionsführern über die Umwandlung der Regierung erst morgen zu einer endgültigen Entscheidung führen werden. Aus den Kreisen der demokratischen Partei wird bekannt, daß die gestrigen Verhandlungen mit der Reichsregierung keineswegs einen glatten Verlauf genommen haben. Innerhalb der schleswig-holsteinischen Demokratie macht sich eine starke Erregung darüber geltend, daß Erzberger auch bei Wiedereintritt der Demokraten in das Kabinett in der Regierung bleiben soll. Die Kieler Zeitung schreibt darüber u. a., daß es Pflicht der Demokraten sei, mit großem Nachdruck zu erklären, daß es von unerwünschten Folgen sein würde, wenn die Demokraten sich an einem Kabinett beteiligen, in dem Erzberger einen Platz habe.

— (Mangin ordnet Wahlen zum Birkenselber Landtag an.) General Mangin hatte für den 5. Oktober die Wahl zu dem Birkenselber Landtag ausgeschrieben. Die Parteien hatten zuerst die Absicht, Wahlstreiks zu proklamieren. Man ist aber zu der Überzeugung gekommen, daß dies aus taktischen Gründen nicht angängig sei,

## Aus hartem Holz.

Roman von Julia Jobst.

Nachdruck verboten.

Die Verjüngung wuchs riesengroß vor dem jungen Mann auf, er schloß einen Augenblick die Augen, als könne er den Glanz des auf ihr zuliegenden Glücks nicht ertragen. In seiner Hand lag es, das Schicksal von ihnen allen zum Guten zu wenden. Seine Augen suchten Dohm und er las den Triumph in dessen Blicken. „Tant aber gehabte er des Vaters, seines stillen Hasses gegen diesen harten Mann, der ihm nie ein Freund gewesen war, sondern nur der strenge, unbildsame Vater, und dem er doch treu gebient hatte.“

„Ich kann es nicht, Onkel Gustav, und Du mußtest mich verachten, wenn ich Deine Bitte erfüllte. Mein Vater hat nur mich.“

„So geh! — Geh!“ rief Dohm zornig, als Wilhelm einige Schritte auf ihn auftrat.

„Ich habe, Onkel Gustav, aber ich komme wieder, wenn die Seiten besser geworden sind. Und mein Sohn nach Vaters Willen euch den einen oder anderen Nutzen raubt, so trag' es mir nicht nach und ärgere Dich nicht.“

Es war nicht gut getan, an die bevorstehende Konkurrenz zu erinnern. Das Blut stieg Dohm zu Kopf, daß die Adern an der mächtigen Stirn blaurot anliefen und wie Striche standen.

„Und ich sage Dir, wenn ich mir in den Weg kommt, preßt ich euch an die Wand, daß euch der Atem vergeht. Ich mich an euch ärgern! Thoma gegen Dohm — das ist, als ob unter Syrius den Mantel anbelte. Das bestell beim Vater, und wenn

wollt die Französlinge zur Wahl scheitern würden und dann den französischen Besatzungstruppen die Möglichkeit gegeben würde, zu behaupten, daß das Wahlergebnis die vom Volk gewünschte Regierung darstelle. Es wurde beschlossen, den alten Landesausschuss wieder zu wählen mit Ausnahme von zwei Mitgliedern, die auf Seiten der Separatisten stehen. — Infolge Verordnung der Regierung haben die Birkenselbischen Beamten, die seither ihren Diensten ferngeblieben waren, ihre Beschäftigung jetzt wieder aufgenommen. Auch die Lehrer, die teilweise schon ausgewandert waren, sind wieder zurückgekehrt.

(Borsig stillgelegt.) Am Montag hat der Streik der Berliner Metallarbeiter durch die Stilllegung größerer Firmen eine weitere Ausdehnung erfahren. Der Direktion der Vorflugwerke in Tegel wurde mitgeteilt, daß die Hölzer jede weitere Tätigkeit einstellen. Infolgedessen waren 5000–6000 Arbeiter gezwungen, das Werk zu verlassen. Der Streik bei Borsig dürfte deshalb von größter Bedeutung werden, weil nun die größte Lokomotivfabrik Berlins stillgelegt worden ist und weder Reparaturen noch angefangene Neubauten vollendet werden können. Der Streik legt auch die dortigen Wasserwerke und die Feuerwehr los. Die Lage in den Stahlwerken ist unverändert.

(Auffinden neuer kommunistischer Pläne in Berlin.) In Berlin ist wieder eine große Menge Propagandamaterial für die angekündigte Kommunistenbewegung aufgefunden worden. Die Bevölkerung ist dadurch hinter wichtige Pläne gekommen. Nach diesem neuen Beweis besteht kein Zweifel mehr, daß die neue Spartakistenbewegung in Deutschland in den letzten Oktobertagen beginnen wird.

## Zum Baltikum-Ultimatum.

Berlin, 30. September. In der Note, welche die Räumung des Baltikums verlangt, heißt es in der „Deutschen Allg. Zeitung“:

Daß die Reichsregierung nicht versucht, dem Abkommen, welches sie eingegangen ist, zuwiderrzuhandeln, ist durch eine Reihe von Maßregeln erwiesen. Es bleibt zweifelhaft, ob die Regierung praktisch imstande sein wird, der deutschen Nationalität Entwachsene wie Deutsche zu behandeln. Es ist zu hoffen, daß der Verband die angedrohten Maßregeln, welche Deutschlands Ruin bedeuten würden, dann nicht in die Tat umsetzen wird, wenn er die Überzeugung gewinnt, daß die Reichsregierung alle Mittel des Willens und der Tat einzusetzen wird, um im Vertrage zu bleiben.

Berlin, 30. September. Das „Berl. Tagebl.“ erfährt zu der Note der Alliierten, daß die Reichsregierung sich bereit erklärt hat, eine deutsch-interalliierte Kommission zur Überwachung und Durchführung der Räumung in das Baltikum zu schicken.

w. Berlin, 30. September. Die „Germania“ schreibt: Die baltische Note der Entente wird die laufenden Lebensmittelzuflüsse aus dem Auslande nicht beeinflussen. Diese erfolgten auf Grund von lang abgeschlossenen Abmachungen. Die Note an sich nimmt nur auf neue Anträge zur Lebensmittel- und Rohstoffversorgung Bezug. Die in ihr angekündigte Sperre ist somit sogar langfristig oder wenigstens auf eine spätere Zeit berechnet, so daß die ganze Lage der Lebensmittelversorgung nicht übermäßig zugespannt wird.

mit uns künftig begegnen, erlaß ich euch den Bruch.“

„Das kannst Du ja uns überlassen, Onkel.“ Dem jungen Mann wuchs nun auch der Bart.

„Ich will euren Bruch nicht. Die Familie Thoma existiert nicht mehr für mich.“

„Du wirst es noch spüren, daß wir da sind Onkel.“

„Ich drück' euch an die Wand — an die Wand“, schrie Dohm in wildem Zorn dem Reissen nach, der den Kopf hochmütig zurückwurfend, ohne ein weiteres Wort das Zimmer verließ.

Traufen überraschte er die Tante, die erregt dem Sträß der Männer gelaucht hatte.

„Was gibt es denn wieder, Wilhelm?“

Der Onkel hat mich herausgeschmissen, Tante, aber ich komme wieder. Hier im Hause ist etwas, daß ich mir bestens holen muß. Leb wohl, Tante. Behalte mich ein wenig lieb und sei gut in der Zette.“

Er preßte sie in seine Arme und gab ihr einen innigen Kuß.

„Gib ihm weiter, Tante, aber sag es dem Onkel nicht. In wenigen Tagen bin ich schon auf See.“

Wilhelm preßte ihre Hand, daß es sie schmerzte. Dann ließ er rasch hinaus, doch sie sah es von, daß Tränen in seinen Augen standen.

3. Kapitel.

Der Junge hat den Teufel im Leib, Bernhard, der wird uns zu schaffen machen. Schon wieder Kunden abgeschnappt.“

„Ich schrieb es Dir ja, Vater, ich kam überall zu spät.“

„Ich weiß, zu spät. Ein Dohm darf nie zu spät kommen. Aber Du verstehst nichts, und der Vater

## Eine verbündnispolitische Unterlassung Ein schwarzer Vorwurf gegen Brockdorff-Ranau.

Der „Neue Tag“ in Wien schreibt: Von unbedingt zuverlässiger Seite erhalten wie folgende Mitteilung: Zur Zeit der Friedensverhandlungen zwischen der Entente und Deutschland hat sich Dr. Roderich Gooh im Auftrage des damaligen Staatssekretärs Dr. Bauer über Berlin nach Versailles begeben, um dem Führer der deutschen Friedensdelegation Grafen Brockdorff-Ranau seine amtlichen Dokumente zu übergeben, die Dr. Gooh für die jüngste Veröffentlichung vom Staatsamt für Außenerei zur Verfügung gestellt worden waren. Aus diesen Aktenstücken geht hervor, daß die Schuld an dem Ausbruch des Weltkrieges ausschließlich die ehemalige habsburgische Monarchie trifft, Deutschland aber schuldlos sei. Das Aktentmaterial wurde dem Grafen Brockdorff-Ranau zu dem Zwecke zur Verfügung gestellt, damit dieser bei den Verhandlungen mit der Entente sich auf die von der deutsch-österreichischen Regierung geleisteten Beweise der Schuld Österreich-Ungarns am Weltkrieg berufen und die Beschuldigung, Deutschland sei der Urheber des Weltkrieges, entkräften könnte. Auf diese Weise sollte ermöglicht werden für Deutschland günstigere Friedensbedingungen zu erwirken. Graf Brockdorff machte jedoch von diesem Anerbieten keinen Gebrauch. Der Wiener „Neue Tag“ benutzt die Gelegenheit, um den Grafen der Uneschicklichkeit in seinem politischen Vorgehen zu zeihen.

## Besserung der Streitlage in England.

London, 29. September. (Reuter.) „Morningstreet“ hat heute morgen folgenden amtlichen Bericht ausgegeben:

Die allgemeine Lage bessert sich. Die Regierungsmäßigkeiten haben ein befriedigendes Ergebnis. Die Lebensmittelverteilung geht jetzt von statten. Es laufen noch immer Angebote von freiwilligen Helferkräften ein.

Amsterdam, 30. September. Aus London wird vom 29. gemeldet:

Die Südbahn und Chathambahn hat Maßregeln getroffen, die den weiteren Verkehr der Anschlusszüge an die Kanaldampfer ermöglichen. Der Transport vollzieht sich geblümt mit Motorwagen. Die Luft ist voll von Flugzeugen. Heute abend wird die Zeitung des Transportarbeiterverbands und des Verbands der Motoromnibusse und Straßenbahner persönlich über die Fragen der Teilnahme beschließen. Alle Morgenblätter sind heute mit geringer Seitenzahl erschienen. Sie erklären alle, daß die Eisenbahner sich die Sympathie des Publikums vollständig verschärft hätten und verlangen, daß der Konflikt bis zum äußersten ausgekämpft wird.

## Aus Nah und Fern.

Lichtenstein, 1. Oktober.

— Die neuen Postgebühren treten, wie nochmals kurz bemerkt werden soll, am 1. Oktober gleichzeitig mit den neuen Eisenbahnfaßpreisen in Kraft. Am 1. Oktober muß also ein gewöhnlicher Brief im Orts- und Nachbarortsservice mit 15, im

Freistaat kostet auch nichts, sonst führt ich jetzt hüttre.“

„Du denfst davon — —“

„Hüttre zu fahren. Natürlich, Junge, daß wäre das Richtige, aber es geht vorläufig nicht, ihr macht mir hier zu viel Tummheiten. Vielleicht hilft mir der Himmel und schickt uns solch kleinen Revolutionen.“

„Damit die Verluste noch größer würden, Vater.“

Der alte Dohm sah seinen Sohn an und nickte dann vielsagend auf die Stirn. „Wir zu schweigen von Pogress. Wir halten es eine ganze Weile aus, wenn drüben alles brunter und drüber geht, aber der Thomas ziehen die Reserven. Für sie wäre es eine Ehrenfrage.“

„In diesen Tagen kommt Wilhelm zurück. Dieser Zahre war er draußen.“

„S.“

Der alte Dohm knurrte es vor sich hin. „Ge doch an Wilhelms Worte: „Du wirst es noch hören, daß wir da sind.“

Ja, er hatte es geführt, namentlich im letzten Jahre. Wie hatte sich der Junge gerührt, und sein Sohn dagegen war eine Null. Was hatte er auf seinen Nieden erreicht? Kein neuer Name war gewonnen, viele alte gingen verloren, man merkte, es fehlte denen drüben der Herr. Und gerade er, den er dazu ausersehen hatte, machte ihm Enttäuschungen. Und dann seine Zette! Er wußte wohl, worum sie so ernst geworden war. Wie kam der Name Wilhelm über ihre Lippen, aber um so feierlich war es im Herzen. Wie viel, Anträge hatte sie schon bekommen, aber alle wußte sie zurück. Da war der junge Schlosser, der zweite Sohn, wie geschaffen

# Unterlassung eigen Brüder

Schreibt: Von unbekannter Seite folgende Botschaften aus dem Reichstag: „Deutschland hat sich gegen das damalige Berlin nach Berliner der deutschen Arbeit-Kanzau jene befreit, die Dr. Goek und vom Staatsamt gestellt worden waren und hierdor, daß die Weltkriege aus der Monarchie sei. Das Amtsschiff-Kanzau zu stellen, damit dieser Entente sich auf die Regierung gelenkt. Deutschlands, entzündlichen werden bedenkenungen gemacht jedoch von uns.“ „Nun ist die Gelegenheitschlichkeit in Zeiten.“

## Zeitung II

(Reuter.) „Dom-  
oligen amtlichen  
sich. Die Regie-  
giedigendes Ergeb-  
nig geht sott von  
Angebote von fre-  
ier. Aus London

hn hat Mahregeln  
kehr der Anschluß-  
ermöglichen. Der  
stelle mit Motor-  
flugzeugen. Heute  
ansportarbeiterver-  
kehr Motoromnibusse  
der Fragen der  
Morgenblätter sind  
erschienen. Sie  
sind die Sym-  
bol verschärft hätten  
bis zum äußersten

## Fern.

in, 1. Oktober.  
n treten, wie noch  
1. Oktober gleich-  
preisen in M. St. gewöhnlicher Brief-  
schrift mit 15, ihr

ihre ich jetzt hin-  
Junge, das wußt  
nicht, ihr macht  
Vielleicht hilft mir  
meines Revolutio-

er würden, Vater.“  
„Ich bin und zweite  
Bist Du jämmer  
ganze Weise aus-  
über geht, aber der  
Für ein wäre es  
hlem zurück. Dies

vor sich hin. „Es  
wirkt es noch spür-  
nentlich im letzten  
gerührt, um mein  
Was hatte er auf  
seine Kunden was ge-  
schenkt, man merkt,  
Und gerade er,  
achte ihm Künste  
suchte wohl, warum  
am der Name Wiss-  
en so festig war, er  
ge hatte sie schon  
rätsel. Da war des-  
m, wie geschaffen

Herrnverlehr mit 20 Pf. freigemacht werden. Eine Postkarte kostet ab 1. Oktober im „Osterverlehr“ 10, im „Herrnverlehr“ 15 Pf., eine Postanweisung bis 5 Mark 20 Pf., bis 100 Mark 40 Pf. Auch die übrigen Postobligationen sind jährling erhöht worden. Wer mit der Post zu tun hat, sollte sich also die neuen Gebührensätze, die auf den Postanstalten einzusehen sind, recht genau einprägen, um unliebsame Verzögerungen zu vermeiden und dem Einzelnen das Strafporto zu ersparen. Unstrantierte Postsendungen werden künftig nicht mehr angenommen.

— **Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit.** Vom Sächsischen Arbeitsministerium, Landeswohnenamt, wird eine Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung über die Einschränkung des Verbrauchs elektrischer Arbeit veröffentlicht. Darnach wird der Verbrauch elektrischer Arbeit bei allen Verbrauchern, die sie von einem Stromversorgungsunternehmen bezüglich eingehaftet. Das Maß der Einschränkung ist abhängig von der jeweiligen Kohlenlage, der Leistungsfähigkeit und dem Betriebszuwande des liefernden Elektrizitätswerks und der Wichtigkeit des Verbrauchs. Die Grundlagen für die Einschränkung gibt der Reichskommissar für die Kohlenverteilung den Kohlenwerksstellen (in Sachsen das Landeswohnenamt, Abt. Elektrizität, Dresden) und durch diesen Vertrauensmännern durch Richtlinien und besondere Anweisungen; er ergänzt und ändert die Richtlinien entsprechend der jeweiligen Kohl- und Wirtschaftslage. Die Vertrauensmänner werden vom Landeswohnenamt ernannt. Es weist f. dem Vertrauensmann einen abgegrenzten Tatgrundsatz zu.

— **In den Kammerlichtspielen** kommt heute Mittwoch und morgen Donnerstag ein überaus reichhaltiges Programm zur Vorführung. Dasselbe besteht außer der großen Zirkus-Atraktion: „Die vier Teufel“ und dem Lustspiel: „Das Konkurrenzkarneval“ noch aus 2 Extra-Einlagen. Der eine Film hieron und zwar: „Die Geschichte über Hanswurst“ ist teilweise prächtig koloriert und wird besonders bei der Jugend recht ansprechen, aber auch auf die Erwachsenen unterhaltsam wirken.

— **Neue 5%ige Hypothekar-Anleihe der Sondermann & Stier A.-G., Chemnitz.** Die Emissionshäuser tellen uns mit, daß die Zeichnung aus die Anleihe wegen starker Überzeichnung sofort nach Eröffnung geschlossen wurde.

— **Im Centraltheater** finden heute Mittwoch wiederum mehrere Vorstellungen statt und zwar wird das ergreifende Drama: „Die Macht des Anderen“, mit der beliebten Wiener Schauspielerin Grete Lundi in der Hauptrolle, und „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan“ zur Vorführung kommen.

— **Der Belagerungszustand ist notwendig und rechts gültig.** Bekanntlich haben die Mehrheitssozialdemokraten den Unabhängigen bei Verhandlungen über einen Eintritt dieser Partei in die Regierung unter anderen Zugeständnissen auch die Forderung auf Aufhebung des Belagerungszustandes angenommen. Von bürgerlicher Seite ist wegen dieses Zugeständnisses gegen die Regierung stark Sturm gelassen worden. In der gestrigen Pressekonferenz im Minnisterium äußerte sich ein Regierungsvorsteher dahin, daß die Regierung an den Verhandlungen nicht beteiligt gewesen sei, und von diesem Zugeständnis keine Ahnung gehabt hätte. Sie lehne für die Aufhebung des Belagerungszustandes die gegenwärtigen Verhältnisse als noch zu wenig gefestigt an und erklärt ihn ohne Zweifel als zu Recht bestehend.

zum Erfolg für Wilhelm. Es war ganz verfeinert auf das Mädchen. Was sagte sie, als der Vater ihr zuredete: „Ich nehme nur den Mann, den ich liebe, und Du weißt ja, wer der ist.“

Ein Geräusch ließ Gustav Dohm aus seinem Versteck auffahren. Bernhard stand auf und sah etwas verlegen: „Vater, Mathilde erwartet mich, wir müssen einen Besuch machen.“

„Doch versperrt euch für den Sonntag, Kinder. Die Kontrollen werden ein für allemal eingestellt. Willst Du das Deiner Frau klar machen? Ich bin ich jetzt bereit dazu.“

Bernhard sah sich wieder an das Bust, schwieg ab vertieft sich jeder in seine Arbeit. Ein Klopfen fiel in diese Stille.“

„Kreim“, rief Dohm, ruhig fortsetzend, während Bernhard erschrocken auf die Tür blieb, in der eine reisende junge Frau hinauf wurde. Mathilde. „Es hatte vor kurzem ihr Ziel erreicht und war mit Bernhard Dohm seit einem Bierteljahr verheiratet.“

Ganz unbefangen schritt sie auf ihren Schwiegervater zu, der sich ihr gegenüber noch sehr zurückhaltend gab, und streute ihm zur Verstärkung die hübsche Hand hin, die er gesittlich übernahm. „Guten Tag, Vater. Was macht die Arbeit? Gute Nachrichten von draußen, aber hat der Wilhelm wirklich einige Kunden gesperrt?“

„Mein lieber Kind“, der ate Herr erhob sich, sah die Schwiegertochter mit seinem Griff beim Arm und schloß sie der Tür zu. „Du siehst, daß wie sehr beschäftigt sind. Und dann noch eins. Frauenbesuch im Kontor liege ich nicht. Wenn Du meinem Mann was zu sagen hast, so warte damit, bis er nach Hause kommt.“ (To folgt.)

— **Amerikaner kaufen Häuser in Leipzig.** Das althistorische Grundstück „Zuckerleins Hof“, Markt Nr. 11, durchgehend nach Klostergasse Nr. 12, in Leipzig, Frau Gräfin von Wallwitz auf Schloss Großsödlein gehörig, wurde an eine amerikanische Firma verkauft.

— **Die Finsternisse im Jahre 1920.** Im Schaltjahre 1920 finden zwei Sonnen- und zwei Mondfinsternisse statt, von denen in größeren Teilen Deutschlands die beiden Mondfinsternisse und die zweite Sonnenfinsternis, in Sachsen aber nur die beiden Mondfinsternisse sichtbar sein werden. Die erste Mondfinsternis wird eine totale sein und in den Morgenstunden des 3. Mai erfolgen. In Sachsen wird der größte Teil der Finsternis direkt vor dem Untergang des Mondes (im Lichtenstein gegen 15 Uhr) zu sehen sein. Die zweite Mondfinsternis ist ebenfalls eine totale und tritt in den ersten Nachmittagsstunden des 27. Oktober ein. Da der Mond gegen 15 Uhr aufgeht, ist hier nur das Ende der Finsternis zu beobachten. Die erste Sonnenfinsternis ist eine partielle und findet in den Vormittagsstunden des 18. Mai statt. Sie ist nur auf dem Indischen Ozean und in Australien sichtbar. Die zweite Sonnenfinsternis am 10. November ist eine ziemlich bedeutende partielle. Von Deutschland bekommen nur die Orte, die westlich der Linie Donau-Schwarzwald-Pforzheim gelegen sind, noch ein kleines Bruchstück des Anfangs der Finsternis kurz vor Sonnenuntergang zu sehen.

— **Falkenstein.** (Große Wäschediebstähle) Durch Ebrechen von Einsiedlungen und Gebäuden wurden hier einige Familien empfindlich in ihrem Wäschebestand geschädigt. Sogar ein armes Dienstmädchen blieb ihre ganze Habe ein. Die geschädigten Familien haben 1000 Mk. Belohnung für Herbeischaffung der Wäsche ausgesetzt. Anfang September wurde bereits ein alleinstehender Herr um seine Wäsche gebracht, die ihm aus seiner verschlossenen Wohnung auf unaufgeklärte Weise gestohlen wurde.

— **Glauchau.** (Geflohene Zuckerkarten) Ein in einem kleinen Kolonialwarengeschäft in Stellung befindlicher 16-jähriger Lehrling stahl fortgesetzt Zuckerkarten, die nicht ungültig gemacht worden waren, und betrieb damit einen Schwungshof Handels. Ein 18-jähriger Handlungsgeselle, der solche Zuckerkarten gekauft hatte, erhob darauf den Zucker und brachte ihn nach Chemnitz, wo er ihn zu Wucherpreisen ablegte. Er wurde verhaftet. Durch das Gebaren der beiden Burschen sind der Allgemeinheit mehrere Rentner Zucker entzogen worden.

— **Leipzig.** (Mord.) Nachts sind zwei Reichswehrjäger, die der kleinen Garnison angehören, im kleinen Militärbad ermordet worden. Seit längerer Zeit war im Militärbad während der Nacht allerhand Unfug verübt worden. Es hatten insgesamt zwei Reichsjäger von einem Mittag zum anderen Badeservice, hatten sich tagsüber im Bad oder in nächster Nähe aufzuhalten, nachts schliefen sie dort. Vermutlich sind sie überfallen und mit ihren eigenen Waffen erschossen worden. Erst am Sonnabend mittag bei der Ablösung wurde die Tat entdeckt. — Wie uns zu dem Vorkommnis noch drählich gemeldet wird, lassen die Umstände, die sich bei der Untersuchung herausgestellt haben, bisher nicht auf die Anwesenheit dritter Personen bei der Tat schließen. Es wird für möglich gehalten, daß der eine Posten sich entfernt hatte und bei seiner Rückkehr von dem anderen Posten, dessen Anruft er vielleicht nicht richtig beantwortete, erschossen wurde, worauf der Schütze sich selbst erschoß. Es handelt sich um zwei 17-jährige Jäger. — Ferner wird uns berichtet: In der Nacht zum Montag ereigneten sich am alten und neuen Schlechstand Schlechereien. Am alten Schlechstand wollte sich eine unbekannte Person Kenntnis von den Wachschäften verschaffen und unternahm auf den Doppelposten einen Angriff nach Art einer Schlechtpatrone. Der Überfall wurde noch rechtzeitig bemerkt. Der Attentäter ergriff, nachdem er einen Pistolenpfeil abgegeben hatte, unerkannt die Flucht. Auch ein einige Stunden später auf den Posten am neuen Schlechstand unternommenen Angriff mißlang. Auf die Wachmannschaften wurde aus zwei Richtungen geschossen.

— **Niederhabsburg.** (Im Berufe tödlich verunglückt) Ist am Sonnabend der auf dem Wilhelmschacht 2 in Arbeit stehende 37 Jahre alte Bergarbeiter Max Alfred Fankhänel von hier. Er hatte an seiner Arbeitsstelle Sprenglöcher gebohrt, von denen er bereits zwei weggeschossen hatte, während sich von zwei weiteren Löchern, die er anscheinend zusammengehängt hatte, vermutlich nur ein Schuh gelöst hatte. Als dann der Verunglückte sein Fuß zur Untersuchung brachte, fiel noch ein Schuh und verwundete ihn dermaßen schwer, daß er nach kurzer Zeit infolge Verletzung der Hauptschlagader am linken Oberschenkel verstarb. Er war verheiratet und hinterläßt 3 Kinder.

— **Nießhau.** (Fleischverschlebungen nach Bad Elster.) Der Polizei ist es gelungen, Fleischverschlebungen nach Bad Elster auf die Spur zu kommen. Im Bahnhof Nießhau sind am 25. September 2 geschlachtete Hammel und ein größerer Posten Kalbsleisch in Reisekörben beschlagnahmt worden, die nach Bad Elster auf 2 Fahrtkarten verschickt werden sollten. Die Namen der Absender sind jedenfalls eingetragen. Der Verdacht lenkt sich auf einen in Reichenbach ansässigen Schleifer.

## Mitteilung

aus der Sitzung des Gemeinderates zu Mülln St. Jacob vom 25. September 1919.

1) Es wird beschlossen, daß die Zusatzsteuer, welche nach einer eingegangenen Verordnung für Rechnung der Gemeinde weiter zu erheben ist, in Zukunft nach den Grundsätzen der bestehenden reichs- und landesgesetzlichen Bestimmungen in Höhe von 40% Anteil zugleich ebensoviel Zuschlag erhoben wird. 2) Der Gemeinderat bestimmt, welche Gemeindegrundstücke — Gemeindesiedlungen — verkauft und welche für die Bevölkerung zu Ablagerungszwecken zurückgehalten werden sollen. 3) Im Armenhaus soll ein Waschhaus eingerichtet werden. Die Angelegenheit wird dem Bauausschuß zur weiteren Beratung und Beschlusffassung übertragen. 4) Die Feuerlöschkassenrechnung vom Jahre 1918 steht mit einer Mehrausgabe von 375 M. 09 Pfennige und mit einem Vermögensbestand von 12829 M. ob: nach Vortrag und nach Bekanntgabe des Rechnungsbürotheiles wird diese Rechnung richtig geprüft und Entlastung erteilt. Wegen des Fehlens des Bewohnerzählungsbuches und wegen des Verwaltungsaufwandes der Feuerlösch- zur Gemeindehause ist in der nächsten Sitzung Beschlusffassung erfolgen. 5) Der Pflichtfeuerwehr, die in nächster Zeit wieder in Tätigkeit treten soll, sollen die Übungsstunden vom 20. bis 25. September angehören. Eine neue Feuerlöschordnung ist aufzustellen. 6) Das im Entwurf vorliegende Ortsplan über die Gemeindefestenwahl wird angenommen. Es wird auch sofort die Wahl der 3 Gemeindeschäfen vorgenommen. Eingegangen sind zwei Wahlvorschläge: 1. Herr Richard Krause, Maurer, Herr Emil Creuziger, Weber. 2. Herr Frohwald Blauth, Kaufmann. Man einigt sich zu einer Verbindung dieser beiden Wahlvorschläge in folgender Reihenfolge: Krause, Blauth, Creuziger, so daß sich eine besondere Wahl garnicht nötig macht und die drei Herren in genannter Reihenfolge gewählt sind. Hieran anschließend nimmt man 7) die Wiederwahl des Herren Gemeindeschäfes vor. Diese erfolgt einstimmig auf die nächste Wahlperiode, das ist vom 1. 3. 1920 bis 1921. Herr Gemeindeschäf. Oberlich ist seit 1. 3. 1917 in der kleinen Gemeinde tätig. Seine einstimmige Wiederwahl bezeugt, daß er das volle Vertrauen der gesamten Gemeindewerke hat und daß man seine Amtsführung anerkennt. 8) Der Vorstand des Ausschusses für Sicherung der Volksversorgung gibt unter diesem Punkte über die diesjährige Kartoffelversorgung iww. Aufschluß. 9) Den Gasanstaltsarbeiter werden entsprechend den Vorschriften bewilligt. 10) Es hat sich herausgestellt, daß man mit dem Gaspreis — 12 Pfennige pro cbm — nicht mehr auskommt. Um nicht mit bedeutenden Fehlbeträgen abzurechnen zu müssen, sieht man sich gezwungen, den Gaspreis auf 10 Pf. bzw. 5,50 Mk. pro cbm und den Kesselpreis auf 30 Pf. für 1 kg im Kleinkauf festzulegen. 11) Das Ansehen, Gasleitung nach dem Schäfhaus zu legen, wird der hohen Kosten halber abgelehnt. 12) Dem Gefüge eines kleinen Einwohners um Erlös von Installationskosten für eine Gasleitung vermag man nicht zu stimmen. 13) Die Reklamation einer kleinen Einwohnerin gegen die dies. Gemeindekommunikate wird beachtet. 14) Die von der kleinen Sparasse gelehrten Hypotheken, welche auf 3 Hausgrundstücken, bei denen Besitzwechsel vorgekommen ist, ruhen überlädt man auch den nenen Besitzer. 15) Für die zu befriedigende Hilfsangehörtenstelle wird einstimmig der Hilfsexpedient Herr Scheibner aus Detmold nachgewählt. 16) Der Gemeinderat vermag einer Ernährung des Bauschuhes für ein Dorf, welches ein auswärts wohnender Grundstückseigentümer vom kleinen Eduard Höpital geliehen hat, nicht zu stimmen. 17) Einer kleinen Einwohnerin wurden für Ihr Kind die Beispieg- und Rückosten im Kreiskrankenhaus anteilig aus Mitteln der Kriegsnothilfekasse bewilligt. 18) Auf Vorschlag bestimmt der Gemeinderat als 1. Stellvertretenden Standesbeamten Herrn Frohwald Blauth verlässlich zu lassen. 19) Bei der Amtshauptmannschaft soll beantragt werden, daß für die Geschäfte im Mühlengrund eine geregelte Geschäftsstelle eingeschüttet wird. In zwei Punkten sind vor der endgültigen Beschlusffassung weitere Erörterungen anzustellen, sie eignen sich deshalb noch nicht zur Besprechung.

## Eingesandt.

Unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die pregelegte Verantwortung.

### Entgegnung.

Der Einsender in Nr. 226 dieser Zeitung irr sich, wenn er meint, der Prehausschuf des B. L. V. Lichtenstein würde sein überaus gehässiges, die Wachheit entstellendes, die Lichtensteiner Lehrer- schaft beleidigendes Machwerk einer besonderen Antwort würdigen.

Nunmehr hat die Lichtensteiner Lehrerschaft sich zu wehren, und diese hat es nur mit Herrn M. Fankhänel Hintermann zu tun, der uns aus dem ganzen Inhalte dieses eingefüllten Eingesandtes nur zu augensäßig entgegnet. Sämtlich Herr Fankhänel aber seinen Namen unter ein solches Machwerk setzt beweist er, daß er zu allerleit berufen wäre, hier Ankläger und Richter zu sein; das kann einzlich und allein nur sein die Wachheit: nun aber auch die volle und restlose Wachheit, die unverhüllte und ungeschminkte Preisgabe der Vorkommnisse! Auch wir hoffen natürlich, daß der vom Einsender angerufene Schulabschluß sich hiermit gründlich befasst wird und bebauert nur, daß die Volksschammer vor Beschluss des Uebergang-Schulgesetzes ausgerechnet Herrn Fankhänel nicht um seine Zustimmung ausdrücklich befragt hat.

Wir sind überzeugt, daß Herr Fankhänel seinem Freunde und Hintermann einen schlechten Dienst erwiesen hat.

Die jetzt erscheinenden Leher.

